

Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

Vareler Unterhaltungsblatt. 1850-1859 1851

26.4.1851 (No. 17)

[urn:nbn:de:gbv:45:1-966100](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-966100)

K u r h a l t u n g s b l a t t.

Wochenschrift für gemeinnütziges Interesse.

1851.

Sonntag, den 26. April.

№ 12.

Politische Rundschau.

Preußen. Die Kammern tagen fort und es wird viel hin und her geredet. Unterdessen verbietet die Polizei jede ihr mißliebige Flugschrift; fast jede Nummer der liberalen Zeitungen wird mit Beschlag belegt, ohne weitere Gründe anzugeben oder auch nur den Schein gesetzlichen Verfahrens zu beobachten. —

Oesterreich. Man meint, es werde bald mit dem Schwarzenbergischen Regiment zu Ende gehen; ein besseres wird gewiß nicht folgen. — Von Italien her drohen neue Stürme; besonders scheinen die geheimen und trotz der angestrengtesten polizeilichen Wachsamkeit nicht zu verhindernden Agitationen des gewandten Mazzini den Ausbruch einer neuen Erhebung zu beschleunigen. Es hat sich jetzt herausgestellt, daß die oft bespöttelte Mazzini'sche Anleihe in Italien viele Interessenten gefunden hat, und daß viele Obligationen in der Lombardei untergebracht sind, wo die österreichische Regierung keine freiwillige Anleihe realisiren konnte. Ueberhaupt wird die Stimmung in der Lombardei immer drohender. Selbst der der Stadt Venedig wieder verliehene Dreihafen kann dort die Aussprache revolutionärer Gesinnungen nicht zurückhalten. In Mailand beginnt wieder die stillschweigende Vereinigung zur Meidung österreichischen Tabacks und österreichischer Gesellschaft. —

Baden. Die Jesuiten hausen und predigen überall im Lande. —

Kassel. Am schwarzen Brett des königlichen Kreisgerichts zu Greifswalde ist seit einigen Tagen die Vorladung Hassenflugs affichirt, gegen welchen wegen Fälschung die Untersuchung zu eröffnen sei.

München. König Otto kehrt nach Athen zurück, wo die Regulirung der Erbfolge bereits geschehen sein soll. —

Bremen. Der Bremer Senat hat seinen an die Bürgerschaft gerichteten Antrag um Mitwirkung zur Aenderung des Wahlgesetzes wiederholt.

Oldenburg. Ueber die Bildung eines neuen Ministeriums verlautet noch nichts. —

Frankreich. Alle Parteien setzen ihre Hebel in Bewegung, um ihren Einfluß für das Jahr 1852 zu sichern. Die sogen. gemäßigten Republikaner wollen Cavaignac als Candidaten für die Präsidentsur aufstellen; doch scheinen die Socialdemokraten diese Candidatur nicht begünstigen zu wollen. — In Paris soll ein deutsch-revolutionäres Comité bestehen zur Herbeischaffung größerer Mittel, um der Bewegung in Deutschland eine bedeutendere Ausdehnung zu geben. In einer am 1. Februar d. J. abgehaltenen Comité'sitzung soll beschlossen sein, ein Nationalanlehen des deutschen Volkes im Betrage von 5 Millionen \$ Pr. Ort. zu fünf Procent verzinslich, zu unternehmen. —

England. Die große Ausstellung wird am 1. Mai und durch die Königin eröffnet werden. —

Portugal. Eine Revolution ist ausgebrochen, die jedoch von keiner großen Bedeutung zu sein scheint. —

Türkei. Der Aufstand in Bosnien ist noch immer nicht unterdrückt. —

Vereinigte Staaten. Die Sklavenfrage bietet trotz der erfolgten gesetzlichen Regelung manche Schwierigkeiten. Die Behörden haben in dem Weststecke der Wälder geflüchtete Sklaven gefunden, welche von dem Fleische ihrer verstorbenen Gefährten lebten!

Der deutsche Jammer.

Weshalb wandert der Europäer aus über's Weltmeer? Findet er dort günstigere Verhältnisse des Vo-



Störung der Andacht, sogar als eine Art Kirchenzoll, erscheinen müßten. —

Da wurde auch nach reiflicher Erwägung des Bedürfnisses beschlossen:

statt des alten überfüllten, vom Orte überflügelter, lehmigen und theils wassersüchtigen Kirchhofs einen neuen möglichst bequem gelegenen Friedhof anzulegen, — und ein leicht zugängliches, sandiges Terrain dazu, das beste, fast einzige, was zu haben war, zu verhältnißmäßig nicht zu hohen Preisen angekauft. —

Diese Beschlüsse müssen recht einfältig gewesen sein, — denn der Klingbeutel pingelt auf neuerhaltene Berechtigung hin den Andächtigen während der Predigt noch immer vor den Ohren. *)

Und fragt man, warum die neue Witttheit das Urtheil der alten cassirt hat? Hat die Gemeinde an den regulären 20 monatlichen Zwangssammlungen noch nicht genug zu tragen, ist sie unerschöpflich? Ist die politische Armenpflege nicht ausgedehnt genug? Ist es nothwendig, gar räthlich, eine christliche oder confessionelle Nebenarmenpflege zu handhaben? Kann man selbst nicht des Guten zu viel thun? Kann man zur Förderung des Gemeinwohls nicht eben so gut zu viel zu leicht, als zu wenig zu schwer geben? Kommt nicht Alles an auf das rechte Maaß und Ziel: die Arbeitskraft des Individuums, seine Selbsternährung zu stützen, zu erhalten, zu vermehren — nicht aber müßige Gemeindefestgänger heranzuziehen? Verderben nicht zu viele Köche den Brei? Uns ist sogar schon ein frommer Ausschweifung der Phantasie zu Ohren gekommen: die Erwartung nämlich, diese leichte Truppe der dem Klingbeutel zunächst entsprechenden christlichen Armenpflege werde die schwere Artillerie unserer regulären Armeecasse aufheben. Wir kennen aus nützlichter Anschauung unsere Pappenheimer zu gut, um ein solch' Utopien mit zu träumen. Manchen Gemeindegengenossen ist die Wiedereinführung des Klingbeutels ein Aergerniß, selbst wenn sie auch nur einigen Glauben an die mit dem Ergebnis desselben zu machenden Experimente hätten. —

Und mit dem Kirchhofe hat die Anfechtung zu keinem neuen besseren Resultate geführt — schade nur, daß die ganze Gemeinde den erhobenen Zweifel bezahlen muß, nämlich sie verliert 1 bis 2 Jahre Zinsen vom angelegten Capital. Der alte Kirchhof sollte nicht überfüllt sein und war es doch, der neue Kirchhof sollte nicht gut liegen, nämlich zu bequem an der Chaussee, er sollte Wasser ziehen und wollte nicht, dem Orte zu nahe sein u. s. w. — Wir geben zu, daß an dem zum Friedhofe bestimmten Local einige Mängel kleben, aber es war kein besseres zu haben, und dieses starke Argument hat endlich wohl den Ausschlag geben müssen. Tadeln ist leichter, als Bessermachen. —

*) Man vergesse doch den Nutzen — die Schläfrigen munter zu erhalten, nicht!
D. S.

Noch immer verlautet nichts über die Förderung der Sache, und allem Anscheine nach bleibt auch in diesem Jahre das Feld ungenutzt. Wie lange wird es noch dauern, ehe das schwere Werk zu Stande kommt, ehe das erste Grab auf dem neuen Kirchhofe gegraben wird? Es gilt zwar keine Landenge von Panama zu durchstechen, aber doch ein Niesenwerk erscheint es, alle diese auseinandergehenden Meinungen zu vereinigen. Der Eine will Verkauf, der Andere Tausch der neuen gegen alte Gräber, der Dritte will Allgemeinheit, kein einzelnes Eigenthum, der Vierte eine unentgeltliche Beerdigung nach der Reihenfolge mit einem Tacapozeichen am Schlusse. Was ich nicht haben kann — ein eigenes Grab, soll Niemand haben. Ueber alles Dies wird man sich noch Jahre lang streiten. —

Wir sehen nicht ein, daß man, um ein guter Christ zu sein und den kirchlichen Sinn zu erwecken, zu fördern, ein schlechter Verwalter zeitlicher Güter, ein leichtfertiger Haushalter werden müsse. Eine so vielköpfige Administrations-Bebehörde wie der Kirchenvath ist eine schwerfällige Maschine, wenigstens in irdischen Sachen, und was den geistlichen Theil seines Wirkens betrifft, dürfte es meist einem stillen Schulpensum gleichen. Die, aller consequenten Gründlichkeit baaren Gemeindeversammlungen fressen, wie weiland der alte heidnische Saturn, mitunter die eigenen Kinder, jenachdem die Majorität der Abstimmung fällt. — Sagt doch Schiller in seinem Demetrius:

Was ist die Mehrheit — Mehrheit ist der Unsin; Verstand ist stets bei Wen'gen nur gewesen; Bekümmert sich um's Ganze, wer nichts hat? Hat wohl der Bettler eine Freiheit, eine Wahl? Er muß dem Mächtigen, der ihn bezahlt, Um Brod und Stiefel seine Stimm' verkaufen; Man soll die Stimmen wägen und nicht zählen. Der Staat muß untergeb'n, früh oder spät, Wo Mehrheit siegt und Unverstand entscheidet.

Das Institut unseres Armenwesens

war zur Zeit seiner Einführung den damaligen Sitten und Verhältnissen gewiß angemessen, folglich zweckmäßig und genügend. Ein Jeder mußte vorher ernsthaft streben, sich selbst durchzuhelfen, weil er nur im Falle der Noth und Bedrängniß auf Privatunterstützung, die am Ende doch unsicher ist, und nicht auf die Verpflichtung der Gemeinde rechnen konnte; und da mögen manche wirklich Hilfsbedürftige in einer sehr schlimmen Lage gewesen sein. Wir dürfen daher mit Recht die Einführung des Armenwesens freudig als eine Wohlthat für's Allgemeine begrüßen. Freilich konnte damals der Gesetzgeber auf die sich erst später entwickelnden Sitten und Gewohnheiten nicht bedacht sein; er konnte über die Mißbräuche des Armenwesens, als da sind: Mangel an ernsthaftem Willen, sich selbst ehrlich zu ernähren, Arbeitscheu und Genußsucht, nicht urtheilen.

Jetzt liegt das leider klar vor uns, und wenn die Gesetzgebung nicht einschreitet, wird das, was wir früher als Wohlthat begrüßten, zur Plage und endlich zur unerträglichen Bürde, ja zum Ruin der Gemeinde werden.

Die Natur weist einen Jeden auf Selbsterhaltung an und auch die Bibel lehrt uns: „Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen.“ Man schaffe also im Gegensatz des Armenwesens als Gegengewicht ein Institut, welches die Kräfte der Hilfsuchenden auf menschliche Weise verwendet und nutzbar macht, und zwar zum ausschließlichen Nutzen der Arbeiter selbst. In jeder Gemeinde bilde man eine Special-Direction der Arbeit, wobei ein tüchtiger Arzt, der über die Fähigkeit zur Arbeit als Sachkenner urtheilt, nicht fehlen darf, und in jedem Dorfe 1 bis 2 Arbeitsväter. Nach meiner Meinung würden wir dann bei irgend einsichtiger und kräftiger Leitung sehr bald wohlthätige Folgen sehen. Selbstredend müßte das Arbeitsinstitut getrennt vom Armeninstitute wirken; und dürfte letzteres nur dann erst Unterstützungen geben, wenn der Hilfsuchende durch einen Schein nachgewiesen hätte, daß man seine vielen oder wenigen Kräfte ganz und gar nicht oder doch nur in ungenügender Weise habe nutzbar machen können. Ich bitte, diese Andeutung in Ueberlegung zu nehmen und, findet man meinen Vorschlag probat, solchen weiter auszuführen. H.

Vorstehende, uns eingesandte Notiz spricht den richtigen Gedanken aus, daß die öffentliche Unterstützung nur einzutreten hat, wenn und nur in dem Maße, als die eigne Kraft des Individuums zur Selbsterhaltung nicht ausreicht, und daß ein besonderes für Lohnarbeit sorgendes Institut mit der Verwaltung des Armenwesens correspondiren müsse, um zu entscheiden, ob überhaupt oder wie weit der Hilfsuchende zur Selbstthätigkeit untüchtig sei, um die allgemeine Kasse in Anspruch nehmen zu dürfen. Es ist gewiß und unbestreitbar, daß wir zur Vinderung wirklicher Noth und Hilflosigkeit beizusteuern verbunden sind, aber eben so sicher ist es auch, daß die Gemeinde das Recht, ja die Pflicht hat, von jedem ihrer Mitglieder, so weit irgend möglich, selbstthätige Sorge für das eigne Brot zu verlangen. Die Zunahme der Armenlast in unserer Gemeinde (im Gegensatz zu England, wo die Last bedeutend abgenommen hat) macht die Frage: ob und wie dem Uebel zu steuern sei, zu einer brennenden, und es ist in dieser Beziehung wohl an der Zeit, die gewöhnliche Gleichgültigkeit, welche unser öffentliches Leben charakterisirt, abzulegen. Sobald die Armenpflege aus dem Bereich der Privatwohlthätigkeit tritt und zur öffentlichen Angelegenheit wird, darf nicht mehr mit gutmüthiger Schwäche über die Spenden fremden Fleisches verfügt werden, sondern besonnene Erfahrung hat zu erwägen, ob und wie zu helfen ist, sonst werden leicht Arbeitscheue und Branntweinsfreunde verzehren,

was Altersschwachen und Kranken gebührt. Ein arbeitsvermittelndes Institut, wie es in der vorstehenden Einsendung empfohlen ist, würde leicht die sicherste Richtschnur für die Wirksamkeit der Armenverwaltung werden und den unschätzbaren Nutzen stiften, daß Mancher, der getrost im Vertrauen auf die leichtgewährte Hilfe die öffentliche Casse in Anspruch nimmt, gezwungen wäre, jetzt auf eigenen Füßen zu stehen. Damit wird zugleich die Nothwendigkeit der öffentlichen Armenunterstützung vermindert werden — und das ist der eigentliche Schwerpunkt der Frage. Nicht allein die vorhandene Noth zu lindern, sondern überhaupt auch ihr möglichst vorzubeugen, ist die Aufgabe des Menschenfreundes. Leider fehlt es uns noch an Instituten zu derartigem Zwecke. Nur eine einzige Anstalt ist hier gemeinsinnig begründet worden, wird mit ungeschwächtem Eifer von Frauen und Jungfrauen geführt und unterstützt und verspricht segensreiche Folgen: die Mädchenindustrie schule. Eine ähnliche Arbeitsschule für Knaben hätte längst da sein können und müssen, aber uns fehlt der eben so wohlthätige als practische Frauensinn. Wir fragen gern überall: „Was bringt's ein?“ und schieben gemeinsinnige Opfer Andern zu.

Wir könnten, wenn wir nicht mit dem Raum dieses Blattes ökonomisiren müßten, dies Thema weiter ausführen; so aber begnügen wir uns, mit der Empfehlung der oben erwähnten Idee eines arbeitsvermittelnden Instituts zu schließen, überzeugt, daß die Specialdirection gern damit Hand in Hand gehen würde.

D. H.

Wunsch und Bitte.

Die Anlagen beim Kaffeehause gewähren gewiß einen eben so erfreulichen Anblick als einen angenehmen Spaziergang. Dies scheint zu wenig anerkannt zu werden, da z. B. die sorgsam gepflanzten Blumenbeete oft mit großer Schonungslosigkeit betreten und dadurch die Sorgfalt und Mühe derer, die zum allgemeinen Besten hier thätig sind, vereitelt werden. Es wird hoffentlich nur dieses Hinweises bedürfen, um die genannten Anlagen der größern Sorgfalt des Publikums zu empfehlen, deren Beschädigung sonst, wie an andern Orten, der polizeilichen Bestrafung unterliegen müßte. — Mit Freuden haben die Einsender wahrgenommen, daß schon Mehrere sich vereinigt haben, zu besagtem Zwecke keine Hunde mitzubringen. Wünschenswerth wäre es ebenfalls, daß Eltern, wie bereits mehrfach schon geschehen, recht eifrig dahin wirkten, Kinder nur auf den eigentlichen Pfaden laufen zu lassen, damit dieselben sich nicht auf den Blumenbeeten tummeln oder überhaupt die jungen aufspringenden Pflanzen zertreten. J. J.